

An den
Deutschen Bundestag
Petitionsausschuss
Platz der Republik 1

11011 Berlin

- **Für Ihre Unterlagen** -

Petition an den Deutschen Bundestag
(mit der Bitte um Veröffentlichung)

Persönliche Daten des Hauptpetenten

Anrede	Herr
Name	Kluge
Vorname	Tilman
Titel	Dipl. Ing. agr.

Anschrift

Wohnort	Bad Homburg v.d.H.
Postleitzahl	61352
Straße und Hausnr.	11a
Land/Bundesland	Deutschland
Telefonnummer	01743901460
E-Mail-Adresse	x@igsz.de

Wortlaut der Petition

I Petitum

Der Bundestag möge

1. das Image der Polizei einvernehmlich mit den Ländern und durch Entwicklung neuer - breite Segmente der Gesellschaft ansprechender - Strategien steigern,
 - 1.1 sich - ggf. v.a. öffentlich appellativ und kritisierend - insbesondere dafür einsetzen, daß in TV "Doku Sops" dargestellte Polizist/innen Bürger (v.a. in Verhören) nicht duzen,
2. diese Petition auch, weil Länderzuständigkeiten betroffen sind, an die Bundesinnenministerkonferenz weiterleiten.

Begründung

II Gründe

1. In vielen Doku-Soaps (RTL, Sat1, sat1(GOLD),.....wie "Blaulicht-Report" oder "Niedrig und Kuhnt" u.v.a.m) werden Polizist/innen im Einsatz von angeblich oder tatsächlich "echten" Polizist/innen dargestellt. Sie agieren in Original-Uniform der jew. Landespolizei. Es fällt auf, daß sie oft Bürger mit "Du" ansprechen und dies auch in fällen, in denen die Betroffenen gut erkennbar > 18 Jahre alt sind.
 - 2.1 Diese Darstellung suggeriert, daß die vorgesetzten Stellen der jew. Polizist/innen dieses Verhalten billigen.
 - 2.2 Auf diese Weise wird die Polizei so dargestellt, als ob sie selber dazu beiträgt, daß ihr Image Schaden nimmt.
3. Es muß hingegen alles unternommen werden, daß die Standards, die von allen Bürger/innen im gegenseitigen respektvollen Verhalten und im respektvollen Verhalten gegenüber der Polizei gelten müssen und umgekehrt auch gerichtlich bestätigt wurden (Duzen von Polizist/innen,), als selbstverständlich praktiziert werden.
4. Ist das Image der Polizei, die nach Maßgabe z.T. äußerst sensibler und komplexer ordnungs- und korrespondierender fachrechtlicher Regelwerke in das Leben von Bürgern eingreift, wie auch immer - also auch durch millionenfach multiplizierte Doku-Soap Folgen - geschwächt, wird dadurch de facto auch die Durchsetzungsfähigkeit der v.a. Eingriffsbefugnis geschwächt.
- 5.1 Es ist richtig, wenn hinsichtlich des Handelns staatlicher Organe strikte Transparenz gefordert wird. Diese Selbstverständlichkeit wird für alle jene, denen mit Vernunft nicht zu helfen ist, durch Regelwerke unterstützt, die eine behördliche Begründungspflicht festschreiben. Es wäre eine unnötige Mehrbelastung für die Polizei, müßte sie neben den Gründen für ihr (ordnungs)behördliches Handeln damit rechnen müssen, v.a. ad loco die Erfordernis der Falsifizierung eines geschädigten Images und entsprechende Beleidigungen in vermeidbarer Extension einkalkulieren zu müssen.

5.2 Aus praktischer Sicht stören die Mehrbelastungen auch die Stringenz der ohnehin (vgl. II.4) nicht einfachen fallweisen Durchsetzung der polizeilichen "Ordnungsmacht" unter dem Anspruch der Öffentlichkeit, daß dies alles lückenlos rechtskonform erfolgt..

III Hinweis

1. So, wie sich Regierungen und Parlamente auch resolutionsmäßig, also nicht nur klassisch legislativ, äußern, stünde dieses Potential auch für entsprechende Entschließungen zugunsten einer aus seit vielen Jahren gegebenem Anlass erforderlichen Imagepflege offen.

2.1 Viele Bürger haben nur eingeschränkte oder keine staatspolitischen Grundkenntnisse oder/und "kein Interesse an 'Politik'".

2.2 Eine breit angelegte Ansprache jener, die einen gestörten Zugang zur Polizei haben (z.B. erst Rechtsverstöße, dann - im Idealfall - mühsame Vermittlung staatspolitischer Grundkenntnisse an Betroffene) oder kein Interesse an rechtlichen Zusammenhängen haben, fehlt bzw. ist defizitär.

2.2.1 Das v.g. Defizit kann sich im polizeilichen Einsatzfall zu wesentlichen Hindernissen für die Akteure entwickeln

Anregungen für die Forendiskussion

1. Wie können Menschen, die sich nicht für Polizei interessieren, aber im Einsatzfall im Interesse eigener aktiver Rücksichtnahme, der Vermeidung eigener Verunsicherung und Vermeidung tv-geförderter Vorurteilen von Grundinformationen profitieren könnten u. sollten, angesprochen werden?

Viele dieser Menschen weisen eine nahe Null gehende Affinität zu bestehenden Angeboten (seitenfüllende Inserate, Seminare, Broschüren,.....) auf.

2. Wie können Kinder in der Schule informiert und motiviert werden, entsprechende Inhalte zum Polizeiwesen im Elternhaus zu etablieren?

Soweit Sie es für wichtig halten, senden Sie bitte ergänzende Unterlagen in Kopie (z.B. Entscheidungen der betroffenen Behörde, Klageschriften, Urteile) **nach Erhalt des Aktenzeichens** auf dem Postweg an folgende Kontaktadresse:

Deutscher Bundestag
Sekretariat des Petitionsausschusses
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030)227 35257
